

Der weltweite Westen. Perspektiven amerikanischer NATO-Politik unter Präsident Obama

Josef Braml

Zusammenfassung: Die personelle und inhaltliche Ausrichtung der neuen US-Regierung unter Präsident Barack Obama lassen keinen Kurswechsel, sondern vielmehr Kontinuität in der amerikanischen NATO-Politik erwarten. Mit dem Instrument einer „globalen NATO“ wollen die USA ihren Werten und Interessen weltweit Geltung verschaffen. Neben den transatlantischen Verbündeten werden künftig auch Demokratien in Asien stärker in die Pflicht genommen, ihren finanziellen und militärischen Beitrag für eine liberale Weltordnung zu leisten.

Schlüsselwörter: NATO · Barack Obama · Liberale Weltordnung · Außenpolitik der USA

The worldwide west. The Obama administration's NATO policy

Abstract: Rather than indicating change, President Barack Obama's choices of agenda and personnel signal continuity in US policy on NATO. The Obama administration employs a "global NATO" as an instrument that allows the United States to assert its values and interests on a global scale. In addition to the transatlantic allies, democracies in Asia will also be invited to contribute financial and military means to establish a liberal world order.

Keywords: NATO · Barack Obama · Liberal world order · United States foreign policy

© VS-Verlag 2009

Dr. J. Braml (✉)
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)
Rauchstraße 17-18, 10787 Berlin, Deutschland
E-Mail: braml@dgap.org

1 Einleitung

Voraussagen, wonach mit dem Untergang der Sowjetunion auch die transatlantische Allianz ihre Mission erfüllt hätte, waren verfrüht. Die NATO hat das Ende des Kalten Krieges überlebt. Gleichwohl muss sich die „großartigste Allianz, die je gebildet wurde, um unsere gemeinsame Sicherheit zu verteidigen“ (Obama 2008, eigene Übersetzung) – wie US-Präsidentschaftskandidat Barack Obama die NATO an der Siegestsäule in Berlin pries – an die neuen geopolitischen Rahmenbedingungen und die strategischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anpassen.

In seiner Berliner Rede stellte Barack Obama die rhetorische Frage, ob es denn nicht auch gelingen könnte, „eine neue und globale Partnerschaft zu etablieren“, um den Terrornetzwerken den Garaus zu machen. Obama wies dabei auf die transatlantischen Beziehungen hin, machte aber auch deutlich, dass sich Amerika und Europa nicht von der Welt abwenden sollten, um der „Last globaler Staatsangehörigkeit“ und Verantwortung zu entgehen. „Ein Wechsel der politischen Führung in Washington wird diese Last nicht beseitigen“, warnte er. Es sei nunmehr an der Zeit, „neue, global übergreifende Brücken“ zu bauen, die genau so stark sein sollten wie die transatlantische Verbindung, um die größten werdenden Belastungen zu tragen (Obama 2008, eigene Übersetzung).

Mit seinen Ausführungen im Wahlkampf unterschied sich Barack Obama nicht wesentlich von den außenpolitischen Vorstellungen seines Herausforderers John McCain. Der Präsidentschaftsbewerber der Republikaner favorisierte zwar freimütiger eine so genannte „League of Democracies“. Der neue weltweite „Bund von Demokratien“ sollte das Kernelement einer freiheitlichen und friedlichen Weltordnung bilden und „dort handeln, wo die UN versagen“, um menschliches Leid zu verhindern (McCain 2007, eigene Übersetzung). Doch diese in ihren Grundzügen von der Clinton-Administration inspirierte Idee wird auch schon seit längerem von Demokraten und insbesondere auch von Barack Obama nahestehenden Experten in *think tanks* befürwortet.

Eine Allianz der Demokratien, die es in den Augen einiger Befürworter bereits in Form der „globalen NATO“ gibt, könnte mit den Vereinten Nationen (UN) konkurrieren oder als Alternative bereitstehen, wenn es künftig darum geht, Effizienz, Legitimation und damit auch Lastenteilung zu verbinden. Ein solches Bündnis genuin demokratischer Staaten würde von der amerikanischen Bevölkerung unterstützt und böte auch den Europäern „größere Mitwirkungschancen“, urteilten zum Beispiel schon seit längerem Sicherheitsexperten renommierter *think tanks* wie der Brookings Institution und des Council on Foreign Relations (Daalder/Lindsay 2004).

Einer der Befürworter dieser Idee, Ivo Daalder, wird in der Obama-Administration die Aufgabe des NATO-Botschafters übernehmen. Ebenso verdeutlichen die Übernahme von George W. Bushs Verteidigungsminister Robert Gates und die Berufung von James Jones (dem ehemaligen NATO-Kommandeur und späteren außenpolitischen Wahlkampfberater von John McCain)¹ zum Berater für Nationale Sicherheit, dass in außenpolitischen Grundsatzfragen ein parteiübergreifender Konsens besteht. Die Personalentscheidungen

1 Von 2003 bis 2006 war General Jones Kommandeur des US European Command (USEUCOM) und zugleich Supreme Allied Commander Europe (SACEUR). In dieser Zeit führte die NATO die International Security Assistance Force (ISAF) in Afghanistan im Kampf gegen die

des neuen Amtsinhabers Obama lassen keinen radikalen Kurswechsel, sondern vielmehr Kontinuität erwarten.

2 Traditionelle außenpolitische Grundorientierung

Das Leitbild amerikanischer Außenpolitik bewegte sich im Laufe ihrer Geschichte auf einem Kontinuum zwischen Absonderung von der Welt und missionarischer Weltverbesserung. Der amerikanische „Exzeptionalismus“ (Lipset 1996) manifestierte sich demnach in unterschiedlicher Weise: Zum einen, indem die beinahe auserwählte („*almost chosen*“, so schon Abraham Lincoln) Nation, die „*citty upon a hill*“ (so der Puritanische Pionier John Winthrop) selbstgenügsam der Welt als leuchtendes Vorbild diene oder zum anderen, indem sie die Welt aktiv verändern wollte, sei es mit diplomatischen oder militärischen Mitteln, sei es durch multilaterales oder unilaterales Vorgehen.²

Das relative Kräfteverhältnis der außenpolitischen Grundorientierungen in den USA verändert sich im Laufe der Zeit. Mit Hilfe von zwei Variablen (mit jeweils zwei Ausprägungen) kann man eine Typologie erstellen, um die Bandbreite der Positionen im außenpolitischen Diskurs zu skizzieren (siehe Tab. 1). Demnach gibt es zwei idealtypische Grundhaltungen: eine „internationalistisch“ orientierte und eine „nach innen gerichtete“. Diese beiden Grundeinstellungen treten jeweils in zwei Varianten auf: einer „konservativen“ und einer „liberalen“.³

Obgleich der damalige US-Senator aus Illinois seinen Wahlkampf unter den Wahlkampfslogan „Wandel“ stellte, steht Barack Obamas außenpolitische Grundorientierung durchaus in einer längerfristigen Tradition amerikanischer Außenpolitik. Zwar argumentieren an den beiden Rändern des politischen Spektrums einerseits libertäre Republikaner und andererseits gewerkschaftsnahe Demokraten – aus unterschiedlichen Gründen – gegen das internationale Engagement der USA: Die libertär gesinnten Republikaner sind besorgt um die „innere kapitalistische Ordnung“ und das wachsende Haushaltsdefizit und stellen sich gegen kostspieliges militärisches Engagement. Die traditionellen, den Gewerkschaften nahen Demokraten (Old Liberals), verteidigen die „sozialen Interessen Amerikas“ und befürchten, dass Mittel für internationale bzw. militärische Zwecke verbraucht werden und somit für innere soziale Belange fehlen. Aber den tonangebenden außenpolitischen Mainstream einigt ein liberal-hegemoniales Weltbild, wonach die USA die Welt nach ihren Wertvorstellungen und Interessen ordnen (Rudolf 2008).

Dabei gibt es hin und wieder unterschiedliche Auffassungen darüber, wie das nationale Interesse der USA definiert und wie amerikanische Weltordnungsvorstellungen umgesetzt werden sollen. Als der neokonservativ inspirierte unilaterale Alleingang, vor allem der Waffengang im Irak, die Grenzen amerikanischer Militärmacht verdeutlichte, haben spätestens seit der zweiten Amtszeit George W. Bushs wieder multilaterale Stimmen

Taliban; Jones waren als EUCOM-Kommandeur ebenfalls die US-Truppen der Operation Enduring Freedom (OEF) in Afghanistan unterstellt.

2 Ausführlicher zu den unterschiedlichen, kontinuierlich widerstreitenden Elementen der nationalen Identität der Vereinigten Staaten siehe Mead (2001).

3 Die Variablen der Typologie wurden entlehnt von Rudolf (1999: 61–95).

Tab. 1: Ideelle Grundorientierungen amerikanischer Außenpolitik

Idealtypische Grundhaltungen	internationalistisch orientiert		nach innen gerichtet	
	konservativ	liberal	konservativ	liberal
Hauptmotivation/zentrales Interesse	Machtpolitisch garantierter zwischenstaatlicher Frieden; angesichts der Gefahr der Überdehnung eigener (politischer) Ressourcen, jedoch Engagement mit Augenmaß (nur bei Bedrohung des „vitalen“ Sicherheitsinteresses, wenn Gefahr in Verzug ist).	Schaffen einer Weltordnung demokratischer Staaten; Förderung von Freihandel; auch Intervention aus „humanitärem“ bzw. „moralischem“ Interesse, wenn „Wertinteressen“ oder „moralische Werte“ wie Menschenrechte oder „Religionsfreiheit“ auf dem Spiel stehen.	Verteidigung „grundlegender amerikanischer Interessen“, Handlungsfreiheit und strategische Unabhängigkeit; Sorge um die innere kapitalistische Ordnung und das Haushaltsdefizit; zwar für Freihandel,* aber gegen kostspieliges militärisches Engagement.	Verteidigung „sozialer Interessen Amerikas“, Befürchtung, dass Mittel für int./militärische Zwecke verbraucht werden und für innere soziale Belange fehlen; gegen kostspielige Interventionen und Freihandel.
Idealtypische Vertreter	Pragmatische Realisten	Idealisten, darunter 1. Progressive/„New Liberals“ (multilaterales Engagement) 2. Neo-konservative und christlich Rechte (unilaterales Vorgehen)	Libertäre	Traditionelle Liberale/„Old Liberals“
Protagonisten im politischen Diskurs	Brent Scowcroft, Henry Kissinger, Chuck Hagel	zu 1.: Joseph Biden zu 2.: Richard Perle bzw. Sam Brownback	Republican Study Committee (RSC) im Kongress, Cato Institute	Gewerkschaftsflügel der Demokratien, Institute for Policy Studies

Quelle: Eigene Darstellung.

*In dieser Denkrichtung gibt es weitere Abstufungen: Während „Nationalisten“ wie Senator Jon Kyl und der ehemalige Senator George Allen auch internationalem Handel zunehmend kritisch gegenüberstehen, hegen so genannte „Palaeo-Konservative“ wie Pat Buchanan darüber hinaus ein protektionistisches Gedankengut, das nicht frei von xenophoben Attitüden ist.

den Diskurs dominiert (Jäger et al. 2005). Während insbesondere Bushs erste Amtszeit noch unter dem Mantra „unilateral soweit möglich, multilateral wenn nötig“ stand, kündigte die Regierung Obama eine umgekehrte Handlungslogik an: „Wir handeln in Partnerschaft, wo wir können, und im Alleingang nur, wenn wir müssen.“ Die neue US-Regierung befürchtet also nicht, dass internationale Bündnisse und Organisationen die

Macht der Vereinigten Staaten verringern. Im Gegenteil: „Wir glauben“, so US-Vizepräsident Joseph Biden, „sie helfen unsere kollektive Sicherheit, unsere gemeinsamen Wirtschaftsinteressen und Werte zu stärken“ (Biden 2009, eigene Übersetzung).

Nach den Alleingängen der Bush-Regierung beabsichtigen die USA unter Obama, wieder auf den Pfad multilateraler Tugend zurückzukehren. Gleichwohl sollten sich die Europäer nicht darüber hinwegtäuschen, dass „multilateral“ in den USA seit jeher instrumentell, verstanden wird (Krause 2005: 219–238). Multilaterale Organisationen wie die Vereinten Nationen und die NATO wurden geschaffen, um amerikanische Interessen und Weltordnungsvorstellungen durchzusetzen und die dabei anfallenden Lasten mit den Nutznießern und Trittbrettfahrern zu teilen. Diese Grundhaltung außenpolitischer Eliten entspricht auch den Präferenzen der breiten Öffentlichkeit in den USA. Eine in den letzten Jahren unverändert große Mehrheit der Amerikaner (59 Prozent) schätzt den wesentlichen Beitrag, den die NATO zur Sicherheit des eigenen Landes leistet. Eine noch größere Zahl von Amerikanern (82 Prozent) ist aber auch der Meinung, dass im Falle eines Einsatzes alle NATO-Mitgliedstaaten Truppen entsenden sollten. Selbst jene, die keine Truppen bereitstellen, sollten sich an den Kosten beteiligen (German Marshall Fund 2008: 15). Insbesondere Europa muss aus amerikanischer Sicht stärker in die Pflicht genommen werden.

3 Agenda zur Erneuerung der NATO

Obwohl US-Vizepräsident Joseph Biden als Vertreter der „neuen Regierung“ in seiner Rede bei der Münchner Sicherheitskonferenz rhetorisch „ein neues Zeitalter“ ankündigte, benannte er einen Aufgabenkatalog zur „Erneuerung der NATO“, der inhaltlich im Großen und Ganzen auch so von der Vorgängerregierung formuliert wurde. Demnach bleibe die Hauptaufgabe der NATO die kollektive Verteidigung ihrer Mitglieder. Doch angesichts „neuer Bedrohungen“ und „neuer Realitäten“ benötigten die Bündnispartner „neue Entschlossenheit“, sie zu meistern, und „neue Fähigkeiten“, um erfolgreich zu sein. Das gemeinsame Bündnis müsse besser ausgestattet werden, um der Verbreitung der gefährlichsten Waffen der Welt Einhalt zu gebieten, dem Terrorismus entgegenzutreten, Cyber-Sicherheit zu gewährleisten, die Energiesicherheit zu verbessern und innerhalb und außerhalb des Bündnisgebietes effektiver zu handeln. Um den zunehmenden Fähigkeiten Irans entgegenzuwirken, soll auch die Raketenabwehr weiterentwickelt werden. Voraussetzung dafür sei jedoch – und das ist eine bemerkenswerte Veränderung gegenüber der Haltung der Bush-Regierung –, dass sich die Technologie bewähre und kosteneffektiv sei. Ebenso außergewöhnlich war die Ankündigung, dieses in Abstimmung mit den NATO-Bündnispartnern und Russland zu überprüfen (Biden 2009). Mit anderen Worten: Aus amerikanischer Perspektive bleibt die transatlantische Allianz gefordert, neue Bedrohungen zu erkennen und ihnen mit politischer Entschlossenheit effektiv und kosteneffizient – bestenfalls in Kooperation mit Gleichgesinnten – zu begegnen.

3.1 Neue Bedrohungswahrnehmung

Obschon die jüngsten Auseinandersetzungen zwischen Russland und Georgien sowie der Wettstreit um knapper werdende Energierohstoffe die traditionellen Sicherheitsbedrohungen wieder etwas mehr ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt haben, geht es in der vorherrschenden Meinung der USA heute weniger darum, zwischenstaatliche Angriffskriege zu verhindern. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 setzte sich in der amerikanischen Diskussion vielmehr die Einsicht durch, dass asymmetrische Bedrohungen durch nichtstaatliche Akteure, insbesondere die Gefahren, die von prekären Staaten ausgehen, das vitale Sicherheitsinteresse der USA berühren. Bruce Riedel, der vom Nationalen Sicherheitsberater Jones mit der Ausarbeitung einer umfassenden Strategie für Afghanistan und Pakistan beauftragte ehemalige Sicherheitsberater des CIA, verdeutlichte bereits im Oktober 2008 sein Schreckensszenario, nämlich die Möglichkeit, dass islamische Radikale nach Afghanistan zum Verfall eines weiteren Staates beitragen: „Ein gescheiterter Staat in Pakistan ist der schlimmste Alptraum, den sich Amerika im 21. Jahrhundert vorstellen kann“ (Riedel zitiert nach Kitfield 2009).

Pragmatische Realisten – die traditionell einem engen Sicherheitsbegriff verhaftet sind und aus Sorge um die „nationale Verteidigungsbereitschaft“ und „Überdehnung“ internationalen Einsätzen zum Zwecke des *nation building* skeptisch gegenüberstehen – sind sich nunmehr mit neokonservativen (vgl. Krauthammer 2004) und liberalen Internationalisten einig: „Failing states matter“ – prekäre und zerfallende Staaten bergen auch für die USA ein nationales Sicherheitsrisiko (Scowcroft/Berger 2005: 52). Demnach gilt es, neuen grenzüberschreitenden Bedrohungen zu begegnen, die von der porösen inneren Struktur prekärer und zerfallender Staaten ausgehen. Das Souveränitätsrecht eines Staates soll demnach an die „Verantwortung zum Schutz“ (*responsibility to protect*)⁴ der eigenen Bevölkerung vor schweren Menschenrechtsverletzungen und an die Bedingung geknüpft werden, dass vom eigenen Territorium keine Bedrohung für andere Länder ausgeht.

3.2 Neue Raison d’Être

Die „bedingte Souveränität“ bedeutet für die internationale Staatengemeinschaft ein Recht, ja sogar eine Pflicht zu intervenieren, wenn ein Staat seine Schutzverantwortung nicht erfüllt. Im Grundsatz akzeptierte die Weltgemeinschaft bereits dieses grundlegende Prinzip,⁵ das es aber noch zu konkretisieren gilt. Dabei geht es insbesondere um die Frage, ob ausschließlich der UN-Sicherheitsrat zu einem derartigen Eingriff in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten legitimiert sein soll. Amerikanische Sicherheitsexperten wei-

4 Auf kanadische Initiative wurde diese Idee bereits im Dezember 2001 propagiert (International Commission on Intervention and State Sovereignty 2001).

5 Das Prinzip der „Schutzverantwortung“ wurde im Abschlussdokument des UN-Gipfels 2005 paraphiert. Jedoch wurde auf Drängen der Bush-Administration anstelle der „Verpflichtung“ lediglich eine „moralische Verantwortung“ und „Bereitschaft“ zum Handeln festgelegt, um so eine legal-juristische Verantwortung zu verhindern. Zudem wurde auch der Appell gestrichen, der die fünf ständigen Mitglieder im UN-Sicherheitsrat dazu aufrief, bei solchen Interventionen auf ihr Veto zu verzichten.

sen darauf hin, dass der Sicherheitsrat seinen Aufgaben wiederholt (wie in Ruanda, im Kosovo oder in der westsudanesischen Provinz Darfur) nicht gerecht geworden sei (Hill 2005). Nach diesen Erfahrungen sollten westliche Demokratien notfalls auch ohne Billigung der UN zusammenarbeiten (Daalder/Lindsay 2004; Haass 2005: 26). Den Präzedenzfall bildet aus amerikanischer Sicht der Kosovokrieg, namentlich die „humanitäre Intervention“ der NATO im Frühjahr 1999 in Jugoslawien gegen das Regime von Slobodan Milošević, nachdem eine russische Vetodrohung im UN-Sicherheitsrat ein Mandat für militärische Interventionen verhindert hatte.

Nach Einschätzung des partei- und verschiedene Denkschulen übergreifenden Princeton Project on National Security könnte im Falle der Unreformierbarkeit der UN mit der „Liga der Demokratien“ ein alternatives Forum für die Legitimation des Einsatzes militärischer Gewalt gebildet werden. Gemäß den Empfehlungen der Expertengruppe, die von Anne-Marie Slaughter, einer Beraterin von Obama und der voraussichtlichen Leiterin des Planungsstabes im US-Außenministerium, koordiniert wurde, wäre das neue multilaterale Forum insbesondere dann nötig, „wenn ein Veto im UN-Sicherheitsrat die freien Nationen davon abhält, prinzipientreu nach den Zielen der UN-Charta zu handeln“ (Ikenberry/Slaughter 2006: 7, 23–26, 61). Ebenso fordert Will Marshall vom Democratic Leadership Council, der Ideenschmiede des Präsidentschaftskandidaten und späteren US-Präsidenten Bill Clinton, in seinem Memo an den neuen demokratischen Präsidenten Obama, dass er die NATO von einem nordamerikanisch-europäischen Pakt in eine „globale Allianz freier Nationen“ umwandeln sollte. Demokratien wie Japan, Australien und Indien in die NATO einzubinden, würde nicht nur die Legitimität globaler Einsätze, sondern auch die dafür notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen des Bündnisses erhöhen (Marshall 2009).

3.3 Mehr Fähigkeiten und Ressourcen

Die NATO sollte grenzüberschreitenden Bedrohungen dort begegnen, wo sie entstehen. Demnach ist es für die NATO auch nötig, Sicherheit zu „externalisieren“, sie außerhalb des Bündnisgebietes zu gewährleisten. Das umfangreiche Aufgabenspektrum einer derart „globalisierten NATO“ reicht dabei von Katastrophenhilfe, Energiesicherheit und Piratenbekämpfung über friedenserhaltende Missionen bis hin zu robusten Kampfeinsätzen.

Nachdem US-Präsident Bush im Mai 2003 die Hauptkampfhandlungen im Irak für beendet erklärte, die Weltmacht aber danach immer mehr Gefahr lief, den Krieg im Zweistromland zu verlieren, musste die Bush-Regierung ihre Strategie grundlegend ändern. Das Außenministerium, dessen Vorkehrungen während der militärischen Hauptkampfhandlungen des Pentagon und des Weißen Hauses außen vor geblieben waren, konnte nach den zunehmenden Schwierigkeiten bei der „Aufstandsbekämpfung“ wieder mehr seine Wiederaufbaupläne in die Politikformulierung einbringen. Demnach sollten die militärische Gewährleistung von Sicherheit mit der Stärkung staatlicher Strukturen und wirtschaftlicher Entwicklung einhergehen, um nachhaltige Stabilität zu gewährleisten. Dazu sollten auch Strukturen und Ressourcenverteilung im Regierungsapparat der USA den neuen Aufgaben angepasst werden (Krasner/Pascual 2005: 153–163; Pascual 2006: 80–85). Seit September 2005 beteiligen sich auch NATO-Mitglieder an der Ausbildung und Ausrüstung irakischer Polizei- und Sicherheitskräfte, im Irak selbst oder, wie die

deutschen Einheiten, auf externem Gebiet. Darüber hinaus wurde erwogen, derartige Ausbildungsmissionen der Allianz im Nahen und Mittleren Osten auszudehnen.

Während vor allem US-Militärkreise grundsätzliche Zweifel artikulieren, ob das US-Militär und NATO-Truppen für derartige „hybride Missionen“ überhaupt ausgebildet und ausgerüstet sind,⁶ hat Obama nunmehr auch für Afghanistan eine „strategische Überprüfung“ angeordnet. Gemäß der neuen „umfassenden“ auch Pakistan mit einbeziehenden Strategie sollen zivile und militärische Ressourcen auf solidarische Weise genutzt werden (Biden 2009). US-Verteidigungsminister Robert Gates mahnte im Vorfeld der Tagung der NATO-Verteidigungsminister in Krakau im Februar 2009 einmal mehr die europäischen NATO-Verbündeten, weitere Soldaten nach Afghanistan zu senden und mehr zivile Wiederaufbauanstrengungen zu leisten. Gates forderte dabei erneut den Einsatz der schnellen Eingreiftruppe, der NATO Response Force (NRF). Mehrere NATO-Staaten, darunter auch Deutschland, haben dies bisher abgelehnt. Auch Frankreich, das beim NATO-Jubiläumsgipfel im April 2009 in Straßburg/Kehl seine Rückkehr in die integrierte Militärstruktur der Allianz verkündete,⁷ machte deutlich, dass es keine weiteren Soldaten nach Afghanistan senden will (Brunnstrom/Morgan 2009). Einige US-Experten befürchten, dass Frankreichs Reintegration vielmehr eigenständige europäische Verteidigungsstrukturen auf Kosten von NATO-Kapazitäten befördern könnte (McNamara 2009).

Aus amerikanischer Perspektive haben die Europäer die Solidarität innerhalb der NATO schon seit längerem strapaziert (Szukala/Jäger 2002: 70–80). Insbesondere die beschränkten militärischen Kapazitäten der meisten europäischen Bündnispartner, bedingt durch ihre niedrigen Verteidigungsbudgets und mangelnde Koordination, würden der Erosion des Bündnisses Vorschub leisten (Carpenter 2009). Über kurz oder lang würde sich demnach eine Arbeitsteilung verfestigen, gemäß derer die USA und weitere Staaten mit entsprechenden militärischen Fähigkeiten und politischem Willen für Kampfeinsätze zuständig sind und die anderen NATO-Bündnispartner, die meisten Europäer, für die länger andauernden Aufgaben der Stabilisierung und des Wiederaufbaus verantwortlich zeichnen (Kissinger 2009: A19; Glenn/Mains 2009; Patrick 2009).

Trotz der funktionalen Ausdifferenzierung sollten jedoch im Sinne eines „*burden sharing*“ alle Mitgliedsländer die anfallenden Lasten tragen, indem die gemeinsame Finanzierung innerhalb des Bündnisses ausgeweitet oder ein anderes Verfahren entwickelt wird,⁸ um die Kosten gerechter zu verteilen (Hamilton et al. 2009: 15, 45–48). Nicht zuletzt aus diesem Grund sei es auch nötig, so der ehemalige SACEUR und jetzige Berater für Nationale Sicherheit, James Jones, die Abstimmungsprozeduren effizienter zu gestalten, insbesondere das Konsenserfordernis zu lockern, um bei der Entsendung der NRF eine zügigere Entscheidungsfindung zu ermöglichen (Yost 2008).

6 So wurden unter anderem an den von Amerikanern geführten Provincial Reconstruction Teams (PRTs) in Afghanistan kritisiert, dass sie zu viele Militärs in ihren Reihen haben, die für die Aufgaben des Wiederaufbaus und der wirtschaftlichen Entwicklung nicht qualifiziert sind (USAID et al. 2006).

7 Vgl. dazu den Beitrag von Hans-Georg Ehrhart in diesem Heft.

8 Bislang haben nach dem Prinzip „*costs lie where they fall*“ die truppenstellenden Nationen auch die Kosten zu tragen.

3.4 Verbesserte Kooperation...

Angesichts der Schwierigkeiten, innerhalb der Allianz die nötigen Ressourcen zu mobilisieren, werden die USA weiterhin darauf drängen, dass die NATO mit kooperationswilligen und -fähigen Partnern innerhalb und außerhalb des Bündnisgebietes zusammenarbeitet.

...mit der EU: Um die beschränkten Fähigkeiten effizienter zu nutzen, befürworten amerikanische Sicherheitsexperten schon seit längerem, dass die europäischen Bündnispartner ihre Ressourcen koordinieren (Kaim 2006: 16). Die Etablierung der Europäischen Rüstungsagentur ist als Schritt in die richtige Richtung begrüßt worden, unter anderem auch um die einzelstaatlichen Verteidigungshaushalte der EU-Mitglieder zu optimieren. Selbst die Erwartungen, europäische Regierungen für den Aufbau ziviler Kapazitäten innerhalb der NATO zu gewinnen, sind gering. Die USA drängen demnach darauf, dass der NATO jene zivilen Kapazitäten zur Verfügung gestellt werden, welche die EU-Staaten ohnehin schon innerhalb der Union entwickeln (Dobbins 2005). Dieser pragmatische Vorschlag dreht die bisherige „Berlin-Plus“-Debatte, in der es um NATO-Ressourcen für die EU ging, ins Gegenteil und fragt danach, was insbesondere die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) für die NATO leisten und damit zu einer verbesserten Kooperation beitragen kann (Haftendorn 2007: 153).

...mit Russland: Knapper werdende Ressourcen könnten auch die ehemaligen Hauptantagonisten des Kalten Krieges zu mehr Kooperation bewegen. Die Ankündigung von US-Vizepräsident Biden, die von der Vorgängerregierung geplante Raketenabwehr anhand technologischer und finanzieller Kriterien in Abstimmung mit den NATO-Bündnispartnern und Russland zu überprüfen, ist ein erstes Indiz dafür, dass die USA für einen „Neustart“ ihrer Beziehungen mit Russland bereit sind.

Dass die USA nicht umhin kommen, auch mit Moskau zu verhandeln, um die prekäre Sicherheitslage in Afghanistan zu verbessern, wurde umso deutlicher, als der kirgisische Präsident Kurmanbek Bakijew am 3. Februar 2009 in Moskau nach einem Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Dimitrij Medwedjew – wohl ermutigt durch die kurz zuvor bekannt gegebenen Zahlungsversprechen und Kreditangebote des Kremls – den USA bedeutete, ihren Luftwaffenstützpunkt in Manas zu räumen (Reuters 2009). Der Zeitpunkt der Entscheidung der ehemaligen Sowjetrepublik hätte für die USA nicht unpassender sein können, zumal US-Präsident Obama im Februar 2009 zur Stabilisierung der prekären Sicherheitslage in Afghanistan eine massive Truppenaufstockung um weitere 17.000 Soldaten anordnete – von denen ein Großteil über Manas hätte transportiert werden sollen. Eine Alternative, etwa der Landweg über Pakistan, wäre, wie nach den Angriffen auf die Nachschubwege der NATO am Khyber-Pass im Grenzgebiet zwischen Afghanistan und Pakistan deutlich wurde, erheblich gefährlicher und aufwändiger. Die USA könnten auch auf das Angebot Moskaus eingehen, russisches Territorium für den Nachschub zu nutzen. Ob Russland bereit sein würde, auch Militärausrüstung der USA und der NATO passieren zu lassen, ist sicherlich eine Frage des Preises, den Washington zu zahlen bereit ist.⁹

⁹ So der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Russischen Föderationsrates Mikhail Margelov (2009).

Die nordatlantische Allianz wird zwar rhetorisch weiterhin an ihrem Credo festhalten, wonach die Staaten des euroatlantischen Raums frei, das heißt ohne Vetomöglichkeit Russlands, über ihre Bündniszugehörigkeit entscheiden können.¹⁰ Doch ein für zentrale Anliegen, wie die Stabilisierung Afghanistans und nicht zuletzt auch die Verhinderung der militärischen Nuklearkoption Irans, notwendiges Einvernehmen mit Russland wird wohl einen doppelten Preis erfordern: Zum einen, dass die USA die Stationierung von Komponenten des US-Raketenabwehrsystems in Polen und Tschechien bis auf Weiteres verschieben bzw. Russland einbinden; und zum anderen, dass die USA ihre NATO-Erweiterungsagenda im Hinblick auf Georgien und die Ukraine künftig weniger intensiv forcieren (Haass/Indyk 2009; Kaiser 2009).¹¹

Nach Berichten der New York Times hat US-Präsident Obama seinem russischen Amtskollegen bereits ein Kooperationsangebot unterbreitet, um unter anderem die Raketenabwehrpläne gemeinsam mit Moskau zu überprüfen und Nachschubwege für den Militäreinsatz in Afghanistan auszuloten (Baker 2009). Das NATO-Außenministertreffen am 5. März 2009 in Brüssel zeitigte weitere Anknüpfungspunkte. Die neue US-Außenministerin Hillary Clinton befürwortete mit Nachdruck die Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit Moskau, die nach dem Georgien-Krieg auf Drängen der Bush-Regierung auf Eis gelegt wurde (Burns 2009). Die Außenminister der 26 NATO-Staaten beschlossen demnach, die formellen Sitzungen des NATO-Russland-Rats wieder aufzunehmen. Das sei nach Einschätzung der US-Außenministerin eine „Plattform für Zusammenarbeit“ bei Themen, die im Interesse der NATO-Staaten sind, wie etwa der „Zugang zu Afghanistan“ (Clinton 2009a, eigene Übersetzung).

...mit Staaten außerhalb des NATO-Gebiets: Um Staaten außerhalb des NATO-Gebiets, die willens und fähig sind, sich bei einzelnen Missionen substanziell zu beteiligen, institutionell an die Allianz anzubinden, haben die USA ein so genanntes Security Provider Forum befürwortet. Das Thema „Ausweitung der Allianz der Demokratien“ wurde bereits 2004 vom damaligen amerikanischen NATO-Botschafter Nicholas Burns auf die Tagesordnung gebracht (Kamp 2006: 3). Indem die NATO über ein globales Netzwerk „wesensverwandte“ Länder, insbesondere Japan, Südkorea, Australien, Neuseeland und Indien, institutionell vorerst unterhalb der Mitgliedschaftsschwelle einbindet, soll die transatlantische Allianz mit „strategischen Partnern“ im pazifischen Raum verknüpft werden. Bereits heute unterhält die NATO bilaterale Kooperationsbeziehungen, die es noch stärker zu formalisieren gilt. Seit 2005 bzw. 2006 werden etwa geheime Informationen zwischen der Allianz und Australien und Neuseeland ausgetauscht (Dembinski 2006). Beide Länder haben an der NATO-Mission in Afghanistan teilgenommen. Mit Japan und Indien pflegt die NATO strategische Dialoge. Einige der als besonders nützlich erachteten Länder, etwa Australien, Japan und Südkorea, haben die USA bereits militärisch (im Falle von Australien) bzw. logistisch im Kampf gegen den Terrorismus unterstützt.

¹⁰ Dafür plädiert mit Nachdruck Ronald Asmus (2009).

¹¹ Aus einer „realistischen“ Perspektive“ rät Richard Betts vom Council on Foreign Relations ebenso dazu, Russland nicht weiter zu reizen und Georgien und der Ukraine zu verstehen zu geben, dass sie nicht in die NATO aufgenommen werden (Betts 2009). Siehe auch die Empfehlungen der von Chuck Hagel und Gary Hart geleiteten Kommission (Commission on U.S. Policy Toward Russia 2009: 8–10).

Auch US-Außenministerin Clinton will jene „Bündnisse stärken, die sich über die Zeit bewährt haben“ und denkt dabei an die „NATO-Partner“ und insbesondere an die „Verbündeten in Asien“, denen sie auch ihren ersten Auslandsbesuch abstattete. Das auf „gemeinsamen Werten und Interessen“ gründende Bündnis mit Japan sei „ein Eckpfeiler amerikanischer Politik in Asien“, um Frieden und Wohlstand in der asiatisch-pazifischen Region aufrechtzuerhalten. Amerika unterhalte auch „entscheidende wirtschaftliche und sicherheitspolitische Partnerschaften“ mit Südkorea und Australien. Zudem sollte die wirtschaftliche und politische Partnerschaft mit Indien, „der bevölkerungsstärksten Demokratie der Welt“ und einer „Nation mit wachsendem internationalen Einfluss“, ausgebaut werden (Clinton 2009b, eigene Übersetzung). Dass diese beiden, europäischen und asiatischen, Blöcke miteinander verbunden werden können, verdeutlichen die Blaupausen der Aspirantin für die Leitung des Planungsstabes im US-Außenministerium. Nach der Ideensammlung von Anne-Marie Slaughter soll die NATO Partnerschaften mit liberalen Demokratien in Asien festigen, um damit eines von vielen, formellen und informellen, multilateralen Foren zu bilden, die zur Schaffung einer neuen vernetzten liberalen Weltordnung beitragen (Ikenberry/Slaughter 2006: 27–28).

4 Fazit und Ausblick

In der Substanz wird sich wenig an der bislang vorherrschenden US-Strategie des instrumentellen bzw. selektiven Multilateralismus ändern. Auch der neuen US-Regierung unter Obama geht es weiterhin vorrangig darum, mittels multilateraler Organisationen amerikanische Interessen zu fördern bzw. zu legitimieren.¹² Wenn dies nicht gelingt, werden die außenpolitischen Ziele der Weltmacht auf anderen Wegen durchgesetzt, wenn nötig im Alleingang oder mit ausgesuchten Partnern oder Koalitionen der Willigen (vgl. Masala 2008: 12–25). Im Sinne eines kompetitiven Multi-Multilateralismus werden die verschiedenen multilateralen Organisationen und Institutionen angehalten, um die Aufmerksamkeit der USA zu konkurrieren. Damit kann Amerika je nach Bedarf aus einem breiteren, nötigenfalls auch neu zu schaffenden Angebot an multilateralen Dienstleistungen für die jeweilige Aufgabe das am besten geeignete Instrument auswählen.

Die Stabilisierung prekärer und zerfallender Staaten wird spätestens seit den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA parteiübergreifend als nationale Sicherheitsherausforderung angesehen. Um den neuen Gefahren zu begegnen werden insbesondere die Aufgaben des *peacekeeping* bzw. *peacebuilding* auch im Rahmen der NATO befürwortet. Wenn sich jedoch die Wahrnehmung der Amerikaner verstärkt, in Krisengebieten wie im Irak oder Afghanistan zunehmend auf sich allein gestellt zu sein, und es zu einer weiteren Verschlechterung der dortigen Sicherheitslage kommt, könnte in den USA – innerhalb

12 Um die amerikanische Führungsmacht zu stärken, empfiehlt auch Joseph Nye, dass die US-Regierung ihre Außenpolitik wieder stärker in einen multilateralen Rahmen einbettet, um mehr Legitimität und Akzeptanz zu erwirken. Wenn eine Großmacht wie die USA ihr nationales Interesse breiter definiere, sprich globale Interessen berücksichtige und damit globale öffentliche Güter bereitstelle, wäre nötigenfalls unilaterales Vorgehen von den Partnern leichter akzeptierbar (Nye 2008: 62).

der Elite und nicht zuletzt auch in der Bevölkerung – die Bereitschaft zu internationalem Engagement vor allem im Rahmen von Friedenskonsolidierungsmaßnahmen schwinden. Michael O’Hanlon, Sicherheitsexperte der renommierten Brookings Institution, warnte bereits im Zusammenhang mit der von Präsident Obama im Februar 2009 befohlenen Truppenaufstockung um 17.000 Soldaten, dass die Amerikaner eines Tages die Lage anders bewerten und sich fragen könnten, ob der Krieg in Afghanistan wirklich die Kosten rechtfertige und im vitalen Sicherheitsinteresse der Nation liege (Page/Vanden Brook 2009).¹³

Während bislang federführende Republikaner im Kongress die Truppenaufstockung noch einmütig unterstützen (91 Prozent), stehen Obamas Parteifreunde bereits weniger geschlossen hinter ihrem Präsidenten: Ein Drittel (34 Prozent) lehnen den außenpolitischen Kurs ihres Oberbefehlshabers ab; neun Prozent der befragten demokratischen Abgeordneten und Senatoren sind unentschlossen (Cohen/Bell 2009). Die Haltung der Volksvertreter repräsentiert die ambivalenten Einstellungen der Bevölkerung: Zwar ist einerseits die Mehrzahl der Amerikaner nach wie vor der Meinung, dass der Krieg in Afghanistan nötig sei, um den Krieg gegen den Terror zu gewinnen. Hingegen befürwortet andererseits nur ein Drittel die Entscheidung ihres Präsidenten, mehr Truppen in Kampfeinsätze zu entsenden; ein Drittel will die gegenwärtige Truppenstärke beibehalten und ein Drittel befürwortet indes, US-Soldaten aus Afghanistan heimzuziehen.¹⁴

Im Zuge zunehmender Probleme nach dem Waffengang im Irak war bereits Obamas republikanischer Vorgänger Bush gezwungen, auf die abnehmende Unterstützung an der politischen Heimatfront zu reagieren. Nach seiner Überzeugung bildeten jedoch Rückzug und Passivität für die USA keine Option. Vielmehr galt es, mittels internationaler Zusammenarbeit die gemeinsamen Herausforderungen aktiv zu bewältigen. „We choose leadership over isolationism“, so George W. Bushs (2006) unmissverständliche Botschaft an seine Landsleute. Präsident Obama, der noch im Wahlkampf gegen Hillary Clinton und später gegen seinen republikanischen Herausforderer und uneingeschränkten Irak-Krieg-Befürworter John McCain mit der Forderung punktete, amerikanische Soldaten aus dem Irak abzuziehen, steht nunmehr vor einer doppelten Herausforderung: Er muss zum einen die durch die Truppenaufstockung seines Vorgängers erreichte Stabilität im Irak aufrechterhalten¹⁵ und zum anderen der Verschlechterung der Lage in Afghanistan begegnen. Das Government Accountability Office, eine Rechnungsprüfungsbehörde der US-Legislative, schrieb dem neuen Oberbefehlshaber bereits ins Stammbuch, dass die angespannte Haushaltslage und Kontrollpflicht des Kongresses es erfordern, die konkurrierenden Ressourcenanforderungen der Militäroperationen im Irak und in Afghanistan in der neuen Sicherheitsstrategie kosteneffektiv auszutarieren (Government Accountability Office 2009). Dass diese Aufgabe nicht einfach werden würde, erkannte Barack Obama

13 Gegen den „minimalistischen Ansatz“ argumentieren die Senatoren John McCain und Joseph Lieberman (McCain/Lieberman 2009: A15).

14 Umfrage vom 13. bis 16. Januar 2009 (Washington Post/ABC News 2009).

15 Am 27. Februar 2009 kündigte Präsident Obama das Ende des Krieges im Irak an. Er machte aber auch deutlich, dass nach dem Rückzug der Kampfseinheiten (bis zum 31. August 2010) noch bis Ende 2011 etwa 50.000 Soldaten im Land bleiben sollen, um irakische Militäreinheiten für die Aufstandsbekämpfung zu trainieren.

bereits in seiner Berliner Wahlkampfrede im Juli 2008. Schon als Präsidentschaftskandidat nahm er die europäischen Verbündeten in die Pflicht. In seiner Verantwortung als amerikanischer Präsident wird Obama die Europäer noch deutlicher auffordern, einen wesentlichen Beitrag für die gemeinsame Sicherheit zu leisten.

Der innenpolitische und fiskalpolitische Druck in den USA im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise wird eine kontroverse transatlantische Lastenteilungsdebatte forcieren. Obamas Parteifreundin Nancy Pelosi, die Sprecherin des Abgeordnetenhauses, äußerte im Rahmen der Überprüfung der US-Außenpolitik in Afghanistan und Pakistan, dass die NATO-Verbündeten mehr Lasten schultern sollten (Epstein 2009). Ebenso drängt der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Senat, John Kerry, darauf, dass die europäischen NATO-Alliierten „eine größere Last schultern“ und „mehr Kampftruppen mit weniger Auflagen“ zur Verfügung stellen (Kerry 2009: A17, eigene Übersetzung). Die europäischen Alliierten werden bald Gelegenheit haben, ihr „effektives“ multilaterales Engagement unter Beweis zu stellen, sei es mit einem umfangreicheren Truppenkontingent in Afghanistan mit weniger Auflagen bei Kampfeinsätzen, mit einem stärkeren finanziellen Engagement beim Wiederaufbau im Irak und in Afghanistan oder bei Wirtschaftshilfen für Pakistan. Die US-Regierung unter Obama wird sich an die diplomatische Arbeit machen, aus George W. Bushs viel gescholtener „Koalition der Willigen“ eine Koalition der Zahlungswilligen zu schmieden.

Literatur

- Asmus, R. (2009). A New NATO Bargain. Before Engaging Russia, the U.S. has to Convince Allies that They're Safe. *Wall Street Journal*, 6.3.2009.
- Baker, P. (2009). Obama Offered Deal to Russia in Secret Letter, *New York Times*, 3.3.2009.
- Betts, R. K. (2009). The Three Faces of NATO. *National Interest Online*. <http://www.nationalinterest.org/Article.aspx?id=20944> (9.3.2009).
- Biden, J. (2009). Rede bei der 45. Münchner Sicherheitskonferenz vom 7. Februar 2009. <http://germany.usembassy.gov/events/2009/feb-biden-security/> (20.2.2009).
- Brunnstrom, D. & Morgan, D. (2009). NATO Allies Offer Limp Response to U.S. Afghan Call. *Reuters*, 19.2.2009.
- Burns, R. (2009). Allies Find Agreement on Ties with Russians, *Associated Press*, 5.3.2009.
- Bush, G. W. (2006). *National Security Strategy of the United States of America*. Washington D.C., März 2006.
- Carpenter, T. G. (2009). NATO's Welfare Bums. *National Interest Online*. <http://www.nationalinterest.org/Article.aspx?id=20880> (3.3.2009).
- Clinton, H. (2009a) Erklärung der US-Außenministerin auf der Pressekonferenz beim Treffen der NATO-Außenminister am 5. März 2009. <http://www.state.gov/secretary/rm/2009a/03/120068.htm> (6.3.2009).
- Clinton, H. (2009b). Erklärung der designierten Außenministerin vor dem Auswärtigen Ausschuss des Senats vom 13. Januar 2009. <http://foreign.senate.gov/hearings/2009/hrg090113a.html> (27.2.2009).
- Cohen, R. E. & Bell, P. (2009). Congressional Insiders Poll, *National Journal*, 14.2.2009.
- Commission on U.S. Policy Toward Russia (2009). *The Right Direction for U.S. Policy Toward Russia*. Washington D.C., März 2009.
- Daalder, I. & Lindsay, J. (2004). An Alliance of Democracies. Our Way or the Highway. *Financial Times*, 6.11.2004.

- Dembinski, M. (2006). *Die Transformation der NATO. Amerikanische Vorstellungen und Risiken für Europa*. HSFK-Report 11/2006, Frankfurt/M.
- Dobbins, J. (2005). NATO Peacekeepers Need a Partner. *International Herald Tribune*, 30.9.2005.
- Epstein, E. (2009). Pelosi Orders Classified Afghanistan Briefings for Members. *CQ Today Online News*. http://news.yahoo.com/s/cq/20090223/pl_cq_politics/politics3058340_2 (9.3.2009).
- German Marshall Fund (2009). *Transatlantic Trends 2008*. Wichtigste Ergebnisse. <http://www.transatlantictrends.org/trends/index.cfm?id=138> (24.2.2009).
- Glenn, J. & Mains, O. (2009). *Engaging Europe on Afghanistan*. GMF Policy Brief, 27.1.2009, Washington D.C.: German Marshall Fund.
- Government Accountability Office (2009). *Iraq and Afghanistan. Availability of Forces, Equipment, and Infrastructure Should Be Considered in Developing U.S. Strategy and Plans*. Nr. GAO-09-380T.
- Haass, R. N. & Indyk, M. (2009). Beyond Iraq. A New U.S. Strategy for the Middle East. *Foreign Affairs*, 88 (1), 41–58.
- Haass, R. N. (2005). The Case for ‚Integration‘. *National Interest*, 81, 22–29.
- Haftendorn, H. (2007). Für einen neuen strategischen Dialog im Bündnis. Dialogfähigkeit als Anpassungsaufgabe der NATO. In H. Riecke (Hrsg.), *Die Transformation der NATO. Die Zukunft der euro-atlantischen Sicherheitskooperation*, Baden-Baden: Nomos, 141–174.
- Hamilton, D. (2009). *Alliance Reborn. An Atlantic Compact for the 21st Century. The Washington NATO Project*. CSIS. http://www.csis.org/media/csis/pubs/090130_nato_draft_final.pdf (4.5.2009).
- Hill, C. (2005). How to Save the United Nations (If We Really Have To). *Hoover Digest*, 2005 (1). <http://www.hoover.org/publications/digest/3001526.html> (4.5.2009).
- Ikenberry, G. J. & Slaughter, A.-M. (2006). *Forging a World of Liberty Under Law*. Princeton University, The Princeton Project Papers. <http://www.princeton.edu/~ppns/report/FinalReport.pdf> (4.5.2009).
- International Commission on Intervention and State Sovereignty. (2001). *Responsibility to Protect*. Ottawa: International Development Research Centre.
- Jäger, T., Höse, A. & Oppermann, K. (Hrsg.) (2005). *Transatlantische Beziehungen. Sicherheit – Wirtschaft – Öffentlichkeit*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kaim, M. (2006). *Pragmatismus und Grand Strategy. Die NATO-Debatte in den Vereinigten Staaten*. SWP-Studie, 2006 (S31), Berlin.
- Kaiser, K. (2009). An alternative to NATO Membership. *International Herald Tribune*, 5.2.2009.
- Kamp, K.-H. (2006). „Global Partnership“. *Ein neuer Streitpunkt in der NATO*. St. Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Kerry, J. (2009). A Race Against Time in Afghanistan. *Washington Post*, 10.2.2009, A17.
- Kissinger, H. A. (2009). A Strategy for Afghanistan. *Washington Post*, 26.2.2009, A19.
- Kitfield, J. (2009). ‚Af-Pak‘ Presents a Daunting Challenge. *National Journal*, 21.2.2009.
- Krasner, S. & Pascual, C. (2005). Addressing State Failure. *Foreign Affairs*, 84 (4), 153–163.
- Krause, J. (2005). Multilateralismus in der Sicherheitspolitik – europäische und amerikanische Sichtweisen. In J. Varwick (Hrsg.), *NATO – EU. Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?* Opladen: Budrich, 219–238.
- Krauthammer, C. (2004). *Democratic Realism. An American Foreign Policy for a Unipolar World*. AEI Annual Dinner Speech/Irving Kristol Lecture, 10.2.2004. Washington D.C.: American Enterprise Institute.
- Lipset, S. M. (1996). *American Exceptionalism. A Double-Edged Sword*. New York, London: W. W. Norton.
- Margelov, M. (2009). Russia’s Silver Bullet for Afghanistan. *Moscow Times*, 9.2.2009.
- Marshall, W. (2009). *Taking NATO Global. Memo to the New President*. Washington D.C.: Democratic Leadership Council, 15.1.2009.

- Masala, C. (2008). Möglichkeiten einer Neuorientierung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. *Internationales Magazin für Sicherheit*, 2008 (5), 12–15.
- McCain, J. & Lieberman, J. (2009). Our Must-Win War. The ‚Minimalist‘ Path Is Wrong for Afghanistan. *Washington Post*, 19.3.2009, A15.
- McCain, J. (2007). Außenpolitischen Grundsatzrede vom 1. Mai 2007 an der Hoover Institution. <http://www.cfr.org/publication/13252/> (23.2.2009).
- McNamara, S. (2009). *Secretary Clinton's European Tour: A NATO-first Agenda*. WebMemo Nr. 2320, 3.3.2009, Washington D.C.: Heritage Foundation, <http://www.heritage.org/Research/Europe/wm2320.cfm> (9.3.2009).
- Mead, W. R. (2001). *Special Providence. American Foreign Policy and How it Changed the World*. New York: Alfred Knopf.
- Nye, J. (2008). Recovering American Leadership. *Survival*, 50 (1), 55–68.
- Obama, B. (2008). Rede in Berlin. Transkript, *New York Times*, 24.7.2008.
- Page S. & Vanden Brook, T. (2009). Obama's War. Deploying 17 000 Raises Stakes in Afghanistan. *USA Today*, 17.2.2009.
- Pascual, C. (2006). Interview on Interagency Dialogue. *Joint Force Quarterly*, 42 (3), 80–85.
- Patrick, S. (2009). Out of Area, Out of Business? *National Interest Online*. <http://www.nationalinterest.org/Article.aspx?id=211> (26.3.2009).
- Reuters (6.2.2009). Kyrgyzstan Says U.S. Air Base Decision is Final.
- Rudolf, P. (1999). New Grand Strategy? Zur Entwicklung des außenpolitischen Diskurses in den USA. In M. Medick-Krakau (Hrsg.), *Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive. Die USA und die Bundesrepublik Deutschland*. Baden-Baden: Nomos, 61–95.
- Rudolf, P. (2008). *Amerikas neuer globaler Führungsanspruch. Außenpolitik unter Barack Obama*. SWP-Aktuell, 77. Berlin.
- Scowcroft, B. & Berger, S. R. (2005). In the Wake of War. Getting Serious about Nation-building. *National Interest*, Herbst 2005, 49–53.
- Szukala A. & Jäger, T. (2002). Neue Konzepte für neue Konflikte. Deutsche Außenpolitik und internationales Krisenmanagement. *Vorgänge*, 1/2002, 70–80.
- USAID, USJFCOM & Department of State. (2006). *Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan – An Interagency Assessment*. Washington D.C.
- Washington Post & ABC News. (2009). Umfrage vom 13. bis 16. Januar 2009. http://www.washingtonpost.com/wp-srv/politics/documents/postpoll_011709.html (19.2.2009).
- Yost, D. S. (2008). *An Interview with General James L. Jones, USMC, Retired, Supreme Allied Commander Europe (SACEUR), 2003–2006*. Research Paper, Nato Defense College. Rom.